



Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 -73144
Fax: (030) 227 -76435
eMail Berlin:
lothar.binding@bundestag.de

Bürgerbüro Heidelberg/Weinheim
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel: (06221) 18 29 28
Fax: (06221) 61 60 40

eMail Heidelberg und Weinheim:
lothar.binding@wk.bundestag.de
Homepage: www.lothar-binding.de

Berlin, den 4. April 2007

Sehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr,

vielen Dank für Ihre freundliche Mail. Wie schon zuvor habe ich in den letzten Wochen glücklicherweise sehr viele Mails zum Thema „Schutz vor Passivrauchen“ erhalten und gelesen. Aufgrund der großen Zahl kann ich es leider nicht schaffen, diese Mails individuell zu beantworten. Hoffentlich können Sie Verständnis dafür haben, dass ich erneut mit einem Rundschreiben als Zwischeninformation antworte.

Leider haben sich meine Befürchtungen, dass die Ministerpräsidenten der Länder den guten Vorschlägen ihrer Gesundheitsminister nicht folgen werden, bestätigt. Wir sprechen allgemein von Flickenteppich, weil in vielen Ländern von dem Grundsatz, dass in öffentlichen Gebäuden und in Gaststätten nicht geraucht werden soll, Ausnahmen vorgesehen werden. Diese Ausnahmen führen meines Erachtens zu großen Akzeptanzproblemen, weil Bürgerinnen und Bürger ihr Verhalten ständig den unterschiedlichen Regelungen anpassen müssen. Gesundheits- und Arbeitsschutz können nicht in Abhängigkeit bestimmter Räumlichkeiten beziehungsweise bestimmter Tätigkeiten gesehen werden. Vorbeugender Gesundheitsschutz darf an der Ländergrenze nicht Halt machen.

Ich bin froh, dass trotz der kaum erträglichen Ausnahmeregelungen ein guter Schritt weiter gegangen wird. In Baden-Württemberg scheint es sogar zu einer recht guten Lösung zu kommen. Gleichwohl müssen wir natürlich weiter an dem Thema arbeiten. Der Föderalismus erweist sich als probates Mittel zur Verhinderung guter Lösungen. Die Pflege landestypischer Eigenheiten, Schönheiten und Vielfältigkeit stehen in einem Spannungsverhältnis zur Notwendigkeit, bestimmte Regeln auch bundeseinheitlich zu erlassen; daher ist es wohl noch ein längerer Weg bis zu einer klugen Lösung im Gesundheitsschutz. Deshalb bin ich sehr froh, dass unsere zuständigen Gesundheitspolitikerinnen, allen voran meine Kolleginnen Dr. Carola Reimann, Dr. Margrit Spielmann, Sabine Bätzing und Dr. Marlies Volkmer so intensiv daran arbeiten. Ich kümmere mich ergänzend um dieses Thema, weil das Deutsche Krebsforschungszentrum, zu dem ich enge Kontakte pflege, in meinem Wahlkreis liegt.

Wir, meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss und ich, überlegen nun, welche Möglichkeiten das Parlament auf Bundesebene hat. Es muss darum gehen, die seitens der Bundesregierung angestrebten Regelungen für öffentliche Räume im

Zuständigkeitsbereich des Bundes so weiterzuentwickeln, dass es zu einer vernünftigen bundeseinheitliche Lösung kommt.

Natürlich könnten wir unseren Gruppenantrag auf die Tagesordnung setzen, eine Namentliche Abstimmung beantragen und hoffen, dass er eine Mehrheit findet und die Regierung alles mitträgt. Da aber die Verfassungsressorts, das BMI und das BMJ, die Bundeszuständigkeit bestreiten, ist es klüger, zunächst hier noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir werden dabei von kompetenten Verfassungsrechtlern unterstützt.

Gegenwärtig halte ich es somit nicht für sinnvoll, diesen Schritt zu gehen, auch deshalb, weil wir nicht sicherstellen können, dass ausreichend viele Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion einen solchen Antrag unterstützen würden. Unsere weiteren Handlungsoptionen würden dadurch zunichte gemacht. Denn der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Norbert Röttgen, hat in einem Rundschreiben die CDU/CSU-Fraktion aufgefordert, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Hier gibt es offensichtlich noch große Überzeugungsarbeit zu leisten, um eine Koalitionsmehrheit zu finden. Außerdem scheint es mir sinnvoll, zunächst abzuwarten, was die Länder nun wirklich konkret regeln. Es ist ja nicht auszuschließen, dass Länderparlamente ihren Gesundheitspolitikern folgen und nicht den Ministerpräsidenten. Nachdem, sofern die Berichterstattung korrekt ist, nun deutlich wurde, dass z.B. Ministerpräsident Wulff engere Kontakte zur Tabaklobby pflegt als ich mir hätte träumen lassen, hoffe ich umso stärker auf die Parlamente.

Als Reaktion auf den Beschluss der Bundesregierung und die schlechten Ergebnisse der Ministerpräsidentenrunde hat die Bundestagsfraktion der Grünen im März 2007 einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Dieser Antrag sieht vor, die Arbeitsstättenverordnung an die Änderungen des Arbeitsschutzgesetzes anzupassen. Es wird gefordert, dass ausnahmslos an allen Arbeitsstätten ein Rauchverbot gilt. Das wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Außerdem hat die Bundesregierung auf der Grundlage der Arbeitsstättenverordnung unbestritten Handlungskompetenz. Probleme gäbe es z.B. noch mit inhabergeführten Gaststätten ohne sonstige Bedienung. Solche Abgrenzungsprobleme treten immer dann auf, wenn man den eigentlich vernünftigen Anknüpfungspunkt im Grundgesetz verlässt: den vorbeugenden Gesundheitsschutz. Nach meiner Ansicht gibt es auch weitere gute Gründe für die Zuständigkeit des Bundes, denn die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich nach Artikel 74 GG auf das Recht der Gifte ebenso wie auf das Recht der Genussmittel. Unsere Verfassung bietet dem Bund also die Möglichkeit, die Gesetzgebungskompetenz für sich in Anspruch zu nehmen. Die Zuständigkeitsfrage wird uns sicher noch länger beschäftigen.

Warum ich das Vorgehen der Grünen kritisch betrachte, liegt darin begründet, dass auch dieser Antrag nach den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag nur eine sehr geringe Chance haben wird, erfolgreich zu sein. Dieser Antrag ist dadurch, dass er von der nicht mehrheitsfähigen Opposition im Alleingang eingebracht wurde, gegenwärtig aus den oben beschriebenen Gründen nicht konstruktiv. Wir werden erneut versuchen, mit Vertretern aller Fraktionen ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren. Dabei gehört es zum guten Stil, zunächst mit dem Koalitionspartner das Gespräch zu suchen.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass es sich lohnt, an diesem Thema weiter zu arbeiten. Die enorme Belästigung, die merklichen Risiken für Raucher und Passivraucher, das große Leid in Folge von Tabakkonsum und last but not least unser Wille, den Niedersachsen nicht schlechter zu schützen als den Baden-Württemberger, sind gute Gründe sich weiterhin

zu kümmern. Apropos kümmern: ein schönes Beispiel, wie sich ein Land um dieses Thema kümmert, ist unter <http://www.smokefreeengland.co.uk/> zu finden. Dort gibt es einen „smoke free count down“ – heute z.B. „89 days remaining“, weil es in England ab dem 1. Juli 2007 soweit ist.

Aber wir haben nicht nur Unterstützung. Die Zahl der Gegner ist gering, aber ihre Sprache und Aktionen sind recht aggressiv, manchmal primitiv. Eine unserer Stärken muss gleichwohl bleiben, uns nicht auf dieses Niveau zu begeben. Außerdem sind die meisten Raucher selbst sehr verständnisvoll und kooperativ; viele unterstützen unser Anliegen. Deshalb gilt es auch Pauschalurteile abzuwehren. Es gibt aber auch eine Kampagne „22 Millionen Raucher wehren sich“. Dort kann man auf einer Website einen vorgefertigten Text als „Postkarte“ abschicken. Etwa 600 Postkarten habe ich per Mail erhalten. Einige Absender habe ich angerufen und nicht schlecht gestaunt, wie wenig Gedanken sich einige Menschen machen, bevor sie an einer solchen Kampagne teilnehmen.

In der Hoffnung, mit meiner Antwort Ihrem Anliegen gerecht geworden zu sein, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Lothar Binding

In der Anlage sende ich Ihnen einige reale Beispiele, die zeigen, wie wirksam es der Tabaklobby in den letzten Jahren gelungen ist, Argumente zu degenerieren. Aber sehen Sie selbst:

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Re: Raucherverfolgung/Ausgrenzung...
Datum: Fri, 23 Mar 2007 08:01:58 +0100
Von: Lothar Binding <lothar.binding@bundestag.de>
Antwort an: lothar.binding@bundestag.de
Organisation: Deutscher Bundestag
An:
Referenzen: <BAY103-F1FA8330AA553D78AB192AB16A0@phx.gbl>

Geehrter Herr xyz,

ein bestimmtes Niveau wird nicht unterschritten.

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Binding

xyz schrieb:

> Sehr geehrter Herr Binding,
> mir ist zu Ohren gekommen dass auch Sie sich Ihre Medaillen mit der
> amerikanischen Zeitgeistverfolgung zu Lasten der weitaus mehr als ein
> Drittel in Deutschland lebenden Waehlern, die Raucher sind, verdienen
> moechten. Schon profilierte Hofschranzen wie Ihr "Genosse" Lauterbach
> verursachen in mir und anderen einen Brechreiz, schon bei Nennung des
> Namens.
> Uebrigens haben wir Raucher viele Sympatisanten bei Nichtrauchern die
> das alles fuerchterlich hysterisch finden. Wir Menschen rauchen schon
> seit Ewigkeiten, aber ploetzlich von Null auf Hundert (relativ) wird
> das Rauchen aufs uebelste verdammt. Mir, Jahrgang 50, wurde damals
> schon gesagt, dass rauchen nicht gesund ist, mit 14! In meiner Familie
> hat mein Grossvater geraucht bis zum 89 (natuerlicher Tod). und mein
> Vater bis zum 78 (Parkinson). Dass es auch andere Faelle gibt, wissen
> wir auch. Wie auch immer, Sie gehoeren zu einem Klub Menschen, die
> etwas zu betimmen haben, oder das wollen, zu bestimmen ausgegrenzt zu
> werden aus der Oeffentlichkeit. Das wird sich aber raechen. Mit
> Genugtuung werden wir daran arbeiten Sie und Ihre spezielle Gruppe von
> Profilanten auf anderer Kosten, nicht wiederzuwaehlen. Wenn man mir
> meine Lebensqualitaet beschneidet, rueste ich auf. Uns wird das Leben
> heutzutage nicht leicht gemacht und es ist kein Ende abzusehen. Dann
> kommen Sie (und anderes G.....) und treten noch auf uns herum. Wenn
> Sie Ihre Verbote durchzusetzen schaffen, werden Sie sich
> wahrscheinlich mit Extase einen herunterholen versuchen. Schoene
> Gruesse auch an Seehofer, der gehoert ja auch zu dieser Maschoke. Er
> schafft es auch immer wieder sich in der Zeitung zu sehen. Duftmaken
> setzen, ja, das ist's.
> Kein Gruss,
> xyz

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Re: Austritte (Willy und ich)

Datum: Thu, 29 Mar 2007 01:04:12 +0200

Von: Lothar Binding <lothar.binding@bundestag.de>

Antwort an: lothar.binding@bundestag.de, lothar.binding@usa.net

Organisation: Deutscher Bundestag

An: xyz>

CC: kurt.beck@spd.de, peter.struck@bundestag.de,

sabine.baetzing@wk.bundestag.de, ute.vogt@spd.landtag-bw.de

Referenzen: <20070328193849.179440@gmx.net>

Sehr geehrter Herr xyz,

ein bestimmtes Niveau wird nicht unterschritten.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Lothar Binding

xyz schrieb:

> Hallo!

>>> Seit ich dreizehn bin, fühle ich mich als Sozialdemokrat und seit ich

> einundzwanzig bin, bin ich auch Mitglied.

>

> Demokratie bedeutet, dass die Mehrheit entscheidet und die Minderheit

> stärker geschützt wird, als es ihrer Bedeutung entspricht. Als Raucher

> bin ich Minderheit und dieses Rauchverbot – es ist keine

> Einschränkung, sondern faktisch ein Verbot – greift so tief in meine

> Selbstbestimmung ein, dass das undemokratisch ist. Wenn die

> links-liberale Partei, die einst mehr Demokratie wagen wollte, nun die

> Monstranz des Gesundheitsfaschismus vor sich herträgt, dann ist das

> nicht mehr unsere Partei.

>

> Vielleicht finde ich eine Heimstätte bei der FDP; die behauptet von

> sich eine liberale Partei zu sein. Deren Verständnis von Liberalität ist

> aber soziale Verantwortungslosigkeit. Wenn Ihr meine Freiheit kaputt macht,

> dann werde ich kaputt machen was mich kaputt macht. Das wird sich nicht

> Wenn das hier keine Demokratie mehr ist, dann habe ich natürlich auch

> keine Motivation mich daran in Form von Steuern, sozialem Verhalten oder

> Engagement zu beteiligen. Ich werde dann als Biedermeier durch die Welt > gehen und auch kein

> Rücksicht auf andere nehmen.

>

>> Fuck you,

> xyz > aus Konstanz

> PS: Dass der Peter sich so anpissen lässt...

ROTE KARTE!

Gegen alle Politiker, die leichtfertig Grundlagen der Demokratie aufs Spiel setzen.

Nichtraucherschutz bedeutet auch

Raucherschutz!

Wer das totale Rauchverbot in der Gastronomie verlangt oder dem Wirt und den Gästen die Wahlfreiheit nimmt, handelt gefährlich und demokratisch.

Der Bedarf schafft die Regel; und nicht umgekehrt. Wir fordern daher die Wahlfreiheit für Raucher und Nichtraucher! Damit hat jeder Bürger seine Möglichkeit. Diese Lösung ist in anderen Ländern erfolgreich und wird auch hierzulande von klugen Nichtrauchern und besonnenen Politikern unterstützt.

ZDF Politbarometer:
72% der Deutschen wollen kein
radikales Rauchverbot in der
Gastronomie!

www.feinstaub-blabla.de

"Die Initiative 22 Mio. Tabakfreunde"

[Wir wirbeln Staub fein auf!]

Ich bin eine/r von ihnen!

xyz@yahoo.de

An: Lothar Binding (Heidelberg), SPD
Betreff: aktuelle Initiative Nichtraucherschutz

Sehr geehrter Herr Binding, seit einiger Zeit verfolge ich Ihr Engagement in Sachen Nichtraucherschutz. Dies, um ehrlich zu sein, aufgrund meines Berufs, welcher mit dem Vertrieb von Tabakwaren in Verbindung steht. Dennoch möchte ich unterstreichen, dass diese meine Nachricht an Sie, einer privaten Motivation entspringt. Ich muss zugeben, dass Ihr scheinbar unermüdliches Streben zum Schutze der Nichtraucher Respekt verdient. Dies umso mehr da der politische Entscheidungsprozess starke Nerven und ein dickes Fell zu erfordern scheint. Und sicher ist eine gewisse Unbeirrbarkeit auf diesem Weg schlicht notwendig. Ich teile ebenso wie Sie die Ansicht, Kinder und Jugendliche vor den Gefahren des Rauchens schützen zu müssen und durch Prävention einen entscheidenden Beitrag zu leisten, Sie möglichst effektiv davon abzuhalten Tabakwaren zu konsumieren. Ich unterstütze auch jede sinnvolle Maßnahme die geeignet ist, dass Miteinander zwischen Rauchern und Nichtrauchern zu optimieren. Jedoch habe auch ich mich mit dieser Materie etwas eingehender befasst, was mich im Laufe der Zeit zu der Überzeugung führte, dass leider nicht immer rationale Argumente im Vordergrund zu stehen scheinen. Dies allein ist noch nicht weiter verwunderlich, da politische Diskussionen oftmals davon geprägt sind. Und letztlich viele Akteure Ihre Meinung zum Besten geben, ohne sich damit wenigstens ansatzweise befasst zu haben. Dies ist bei Ihnen jedoch nicht der Fall. Viele als Faktum dargestellte – leider auch ungeprüft publizierte – Beweisführungen halten seriösen wissenschaftlichen Überprüfungen nicht stand. Ich beziehe mich da auf, weil am häufigsten in diesem Zusammenhang zitiert, die Studie vom DKFZ unter Federführung von Fr. Pötschke-Langer. Vielmehr stellt dieses Werk ein allzu willkommenes Instrument für Tabakgegner dar, anderen Mitbürgern ihren ganz persönlichen Willen aufzuzwingen. Was insoweit legitim ist, weil jedem die persönliche Meinungsäußerung zusteht. Anders verhält es sich, meiner Meinung nach, bei Ihnen. Ihre persönlichen Präferenzen sollten einer objektiven Betrachtung nachrangig sein. Und allein das Diktat der vermeintlichen Mehrheit darf schon gar nicht Maxime Ihres Handelns sein. Es geht insofern zu weit massive Eingriffe in private oder zumindest privatwirtschaftliche Bereiche mit sehr fragwürdigen Beweisführungen legitimieren zu wollen, Toleranz allerorten zu fordern ohne ernsthaft die eigene Toleranz zu reflektieren, nicht ansatzweise Vorschläge zu prüfen, welche dem Zweck des Nichtraucherschutzes ebenso dienlich gewesen wären,

völlig zu negieren, dass das Leben ein allgegenwärtiger Gefahrenraum ist, der überall schädliche Einflüsse bereithält. In vielen Bereichen wird diese Tatsache wahrgenommen und ebenso anerkannt, dass es darum gehen muss die Risiken oder Gefährdungen in vertretbaren Grenzen zu halten. Es wäre ein Leichtes gewesen, angesichts der tatsächlichen Gefahren von Passivrauch/Nebenstromrauch, Lösungen zu finden die allen Beteiligten ausreichend Entfaltungsspielraum gelassen hätten. Aber nein, es soll nur eine Lösung geben. Ihre. Gerade Sie sollten es doch besser wissen, dem der Kompromiss sein täglich Brot ist. Leider neigen auch Sie dazu Bestimmungen verschärfen zu wollen, noch ehe sie in Kraft getreten sind bzw. erst kurz Bestand haben. Hier sei exemplarisch die Heraufsetzung des Verkaufsalters von Tabakwaren genannt, oder jüngst der Ministerpräsidentenkompromiss über Rauchverbote u.A. in der Gastronomie. Nach dem ich hörte, dass Sie danach trachten eine totales/absolutes Rauchverbot über die Arbeitsstättenverordnung doch noch zu erreichen, möchte Ihnen folgende Frage stellen, welche bei ähnlicher Konsequenz sehr virulent zu sein scheint. Müssen jetzt auch Industriearbeiter, Bergleute, Handwerker, Großstadtbewohner, Gebäudereiniger oder allen anderen mit Gefahrstoffen in Kontakt kommenden Menschen fürchten ihre Existenzgrundlage bzw. ihren Lebensraum zu verlieren? Mit freundlichen Grüßen
xyz

Sehr geehrter Herr XYZ,

vielen Dank für Ihre Mail. Sie schreiben: „ Es geht insofern zu weit massive Eingriffe in private oder zumindest privatwirtschaftliche Bereiche...“ und vergleichen dann mit einem „allgegenwärtigen Gefahrenraum“. Ich denke an diesen beiden Formulierungen kann gezeigt werden, warum Überlegungen in diesem Kontext überdurchschnittlich oft fehl gehen.

Dabei beschränke ich mich auf ein einziges Beispiel, bitte transformieren Sie meine Argumente auf Ihre weiteren Überlegungen.

Nehmen wir zunächst den „privaten Bereich“ und dessen Unterscheidbarkeit hinsichtlich unterschiedlichen Verhaltens bestimmter Individuen. Da in Deutschland Tabak mit Blick auf die Verfassung weder als Gift noch als Genussmittel eingestuft wird, eine Interpretation, die ich nicht teile, und da gemäß der Verfassung ein Recht auf die eigene Schädigung nicht ausgeschlossen werden kann, geht es bei allen Überlegungen die auf eine Gesetzgebung orientiert ist, grundsätzlich nicht um die Privatsphäre. Umgangssprachlich wird oft formuliert „Jeder hat das Recht sich selbst zu vergiften“. Allerdings folgt daraus nicht das Recht andere Gefährden zu dürfen, oder das Gefahrenrisiko für andere zu erhöhen.

Nun haben Sie Recht: die Welt ist gefährlich. Allerdings ist es den Menschen im Regelfall gegeben, zwischen vermeidbaren und nicht vermeidbaren Gefahren zu unterscheiden. Rauchen, eine Gefährdung aller Menschen die mit einem Rauchenden ein Raumvolumen teilen, gehört m. E. zu den leicht vermeidbaren Gefährdungen anderer. Ihr Beispiel „Großstadtbewohner“ aufnehmend bitte ich Sie mir zu folgen mit der Feststellung, dass der Großstadtbewohner nicht allein durch das Bewohnen einer Großstadt für alle anderen Bewohner in dieser Stadt eine Gefährdung darstellt und falls doch, wären diese Gefährdungen symmetrisch veranlasst, weil das Verhalten „großstadtwohnen“ ja auf alle Großstadtbewohner zutrifft. Ihr Vergleich legt aber etwas anderes nahe. Sie setzen die Gefahren im Zusammenhang mit dem Rauchen mit den Gefahren in einer Großstadt zu wohnen abstrakt verstanden gleich. Diesem Gedanken möchte ich nicht folgen. Vielleicht ist die Selbstgefährdung der Individuen noch vergleichbar, die Gefährdung anderer, selbst derjenigen die nicht Rauchen möchten, ist aber nicht vergleichbar. Das dumme dabei: der Raucher möchte ja nur genießen. Keinesfalls möchte er andere gefährden. Aber leider kann er nicht genießen ohne andere zu gefährden, es sei denn alle anderen würden den Raum verlassen, weil er ja mit dem erzeugten Rauch und auch seiner karzinogenen Ausatmung den gesamten Raum kontaminiert. Dieses Verlangen, den Raum zu verlassen gilt m. E. wieder symmetrisch: auch vom Rauchenden könnte man verlangen, den Raum zu verlassen. In beiden Fällen schränken wir die Freiheit den Raum in der individuell gewünschten Weise zu nutzen ein. Leider ist diese Symmetrie aber nicht von Dauer, denn derjenige der nicht rauchen möchte, könnte in den Raum nicht mehr zurückkehren, weil bekanntermaßen praktisch alle Gegenstände des Raumes auch noch lange nachdem darin geraucht wurde, karzinogene Stoffe abgeben. Subjektiv spürbar oft durch merklichen Geruch, der oft als „kalter Rauch“ bezeichnet, viele Menschen sehr stört, aber auch die nicht riechbaren Stoffe erhöhen das Krebs- und Infarktrisiko doch erheblich.

Da nun der eine, der Raucher in diesem Raum ist und aktiv etwas betreibt, was er unschwer auch unterlassen könnte, derjenige, der nichts tut und sich in diesem Raum aufhält aber nicht weniger tun kann als nichts, bitte ich den Rauchenden mit seiner Aktivität den Raum während dieser kurzen Zeit zu verlassen. So verstanden schränke ich die Freiheit des einen genau an der Grenze ein, an der die Freiheit des anderen beginnt. Das entspricht meinem Freiheitsbegriff den ich auch politisch verteidige. Sie sehen, dass ich den Kompromiss darin sehe, Rauchen nicht zu verbieten, aber die dadurch mögliche Gefährdung anderer zu vermeiden.

Leider ist Ihre Feststellung „Ministerpräsidentenkompromiss über „Rauchverbote... in der Gastronomie“ falsch. Aber schließlich soll mir ja auch die Arbeit nicht ausgehen... Aber sicher wissen Sie, dass ich Finanzpolitiker bin und das Thema „Schutz vor Passivrauchen“ nur zu wenigen Promille meiner Arbeitszeit betreibe...

Jetzt habe ich noch eine schwer erfüllbare Bitte: Mein Mailberg ist regelmäßig überhoch... und doch versuche ich nach und nach alle Briefe zu beantworten. Das kann ich leider nur schaffen, wenn der einzelne Austausch kurz ist und ein definiertes Ende hat. Deshalb bitte ich Sie – trotz meiner Vermutung, dass Sie nicht ganz meiner Meinung sein können – nicht noch einmal zu antworten oder zu tolerieren, dass ich eine nochmalige Replik nicht erwidere.

Ich hoffe sehr, dass meine Antwort der inhaltlichen Annäherung dient und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Ihr Lothar Binding